

B e s c h l u s s

des

99. Ordentlichen Landesparteitages am 4./5. Januar 2006 in Stuttgart

Gesundheitspolitik

Die FDP Baden-Württemberg lehnt die von der schwarz-roten Bundesregierung angekündigten Maßnahmen in der Gesundheitspolitik als weitere Schritte in die falsche Richtung staatlicher Überregulierung und Bürokratisierung des Gesundheitswesens ab. Die FDP bekräftigt die Forderung nach der längst überfälligen Umsetzung einer echten großen Strukturreform des Gesundheitssystems in Deutschland mit dem Ziel Kosteneinsparungen durch mehr Transparenz und Wettbewerb zu erreichen sowie den medizinischen Fortschritt durch mehr private Vorsorge und Eigenverantwortung zu ermöglichen und zu sichern. Nur dadurch lässt sich die hohe Qualität des Gesundheitswesens in Deutschland sichern und den Zugang aller Menschen zu guter medizinischer Versorgung sichern.

Die FDP unterstützt die folgenden Forderungen der ärztlichen Fachverbände, da sie zu besseren Leistungen und geringeren Kosten im Gesundheitswesen beitragen:

- einen Abbau unsinniger Bürokratie,
- dem Ende der patientenfeindlichen Budgetierung,
- Abkehr von Rationierung und Mengensteuerung zu Lasten der Leistungserbringer,
- Stopp der Bonus-Malus-Regelung bei Medikamentenverordnungen,
- garantierte, angemessene und betriebswirtschaftlich kalkulierbare Vergütung aller ärztlichen Leistungen,
- Euro statt floatenden Punkten im Vergütungssystem,
- dem Übergang vom Sachleistungs- zum Kostenerstattungsprinzip,
- gleichen Kalkulationsgrundlagen für die Vergütung ambulanter und stationärer ärztlicher Leistung,
- dem Abbau der Wettbewerbsverzerrung und Subventionierung stationärer Strukturen aus Steuermitteln,
- angemessenen Vergütungssätzen für das Praxispersonal analog zu Angestellten in anderen Dienstleistungs- und Handwerksberufen.

Bei der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte muss sichergestellt werden, dass die Finanzierung durch die Krankenkassen erfolgt, Praxisabläufe nicht behindert werden und die derzeit noch offenen Fragen hinsichtlich der Haftung für falsche Daten und die Datensicherheit gelöst sind.

Die FDP sieht in der Freiberuflichkeit der niedergelassenen Ärzte und Fachärzte einen entscheidenden Erfolgs- und Qualitätsfaktor des deutschen Gesundheitswesens und will diesen durch angemessene Gebührenordnungen analog zu den anderen freien Berufen wie z. B. Rechtsanwälte und Architekten für die Zukunft sichern.